

V1099/23

**Strategische Verankerung und Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung der Verwaltung**  
**(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)**

**Antrag:**

**Mit Verweis auf den Stadtratsbeschluss vom 27.02.2019 zu Dienstkleidung und sonstigen Textilien aus fairem Handel und fairer Herstellung und in Erweiterung desselben beschließt der Stadtrat der Stadt Ingolstadt:**

1. *Die Stadt Ingolstadt berücksichtigt in der kommunalen Beschaffung Kriterien der Nachhaltigkeit, insbesondere soziale und ökologische Kriterien, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie die Ziele des fairen Handels der World Fairtrade Organisation (WFTO).*
2. *Die durch die Verwaltung erarbeitete „Strategie für die Umsetzung nachhaltiger Beschaffung in der Stadtverwaltung Ingolstadt“ wird als Leitbild befürwortet (s. Anlage). Die Verwaltung wird auf ihrer Grundlage mit der Erarbeitung einer Richtlinie nachhaltiger Beschaffung betraut, die dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen ist. Diese Richtlinie wird produktgruppenspezifisch sukzessive erweitert.*
3. *Aus Nrn. 1 und 2 resultierende Mehrkosten von Beschaffungen werden akzeptiert, soweit die Beschaffungen nicht unwirtschaftlich werden.*
4. Den Beteiligungsunternehmen der Stadt Ingolstadt wird dieser Beschluss sinngemäß zur Einhaltung empfohlen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	07.02.2024	Vorberatung
Stadtrat	29.02.2024	Entscheidung

**Stadtrat vom 29.02.2024**

Stadtrat Deiser hält die Einrichtung einer zusätzlichen Koordinierungsstelle zur Prüfung von Beschaffungsentscheidungen für nicht wirtschaftlich. Auch die Einführung eines Berichtswesen sei in seinen Augen nicht notwendig. Vor allem aber kritisiert er, dass die Vergabeordnung mit einer Richtlinie ergänzt oder ersetzt werden soll, welche noch gar nicht

existiere. Unter diesen Umständen würde man heute keinen Beschluss fassen können. Weiter soll die Vergabeordnung mit dem Text "die Gesamtwirtschaftlichkeit einschließlich sozialer und ökologischer Kriterien" ergänzt werden. Dies habe seines Erachtens nach nichts mit Wirtschaftlichkeit zu tun, so Stadtrat Deiser.

Stadtrat Schäuble weist auf den kläglichen Zustand der Bürokratie hin, die es für die Verwaltung zu einer Herausforderung macht, zügig zu funktionieren. Die in der Beschlussvorlage genannte Richtlinie, die zur Beschließung vorliege, sei nicht dazu geeignet, die Bürokratie abzubauen. Ganz im Gegenteil, betont Stadtrat Schäuble. Das Personal sei knapp und man könne nicht alle Stellen besetzen. Aus diesen Gründen, könne die FDP-Stadtratsgruppe dieser Richtlinie, hinter der ein Bürokratieaufwand stecke, so nicht zustimmen.

Für Stadtrat Stachel sei der Bürokratieaufbau, der über die Ingolstädter Stadtverwaltung hereinbreche, ebenfalls nicht nachvollziehbar. Vor dem Hintergrund, dass man eigentlich weniger Bürokratie anstreben möchte und aus den bereits genannten Gründen von Stadtrat Deiser, lehne die FW-Stadtratsfraktion die Beschlussvorlage ab. Vor dem Hintergrund, dass man eigentlich weniger Bürokratie anstreben möchte und man mit der Zustimmung dieser Beschlussvorlage eine Personalmehrung durch die Hintertür für die Zukunft beschließen würde, lehne die FW-Stadtratsfraktion den Antrag der Verwaltung ab, gibt Stadtrat Stachel bekannt.

Bürgermeisterin Kleine stellt klar, dass der entstandene Eindruck völlig im Gegensatz zu dem stehe, was in der Beschlussvorlage vorgeschlagen und angestrebt werde. Man wolle eben keine zusätzliche Bürokratie, sondern eine Berücksichtigung von bestimmten, nachhaltigen Kriterien. Es soll ein bestimmtes Leitbild für die nächsten Jahre entworfen werden, um produktspezifische Richtlinien machen zu können, die der nachhaltigen Beschaffung dienen. Was das genau bedeute, erläutert Bürgermeisterin Kleine anhand der Produktgruppe "Faire Textilien", welche man in einem Workshop gemeinsam mit denjenigen aus dem Beteiligungsmanagement erarbeitet habe, die diese Produkte einkaufen. Der Fokus liege demnach nicht auf Bürokratie, sondern Unterstützung, Beratung und Erarbeitung der Richtlinien. Im Falle einer bedeutenden Unwirtschaftlichkeit, dürfe man von dem Kriterium Nachhaltigkeit auch abweichen, betont sie.

Orientierung und Beratung sei nicht Voraussetzung für eine nachhaltige Beschaffung, findet Stadtrat Stachel. Die FW-Stadtratsfraktion setze großes Vertrauen auf die Bereitschaft und das Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es soll ausdrücklich ein Leitbild mit möglichst wenig Richtlinien und keiner neuen Bürokratie entstehen. So, dass es für die Belegschaft einfach umzusetzen sei. Weiter geht Stadtrat Stachel auf den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion ein und erklärt, dass man das Thema Einkauf von fairen Textilien lediglich deshalb in eine Art Richtlinie verpackt habe, um diesen Antrag, den der Stadtrat 2019 einstimmig zugestimmt hat, einfach umzusetzen. Die größte Ressource für eine nachhaltige Beschaffung sei die Information und Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Als Vorsitzende der Steuerungsgruppe Fairtrade sei Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ebenfalls bei den Workshops mit an Bord gewesen und habe sich auch teilweise mit den Themen beschäftigt. Ihre Wahrnehmung sei, dass sich die Mitarbeitenden eine Leitlinie bzw.

Hilfestellung wünschen, um ohne großen Aufwand nachhaltig beschaffen zu können. Als Kommune habe man eine gewisse Vorbildfunktion und dieser sollte man auch nachkommen, wirbt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll für eine Zustimmung des Vorschlags der Verwaltung. Sie vertritt die Meinung, dass dieser tatsächlich eine schlanke Struktur und keine Bürokratie sei. Es sei aber auch wichtig, ein klares Signal zu setzen und das sei möglichst nachhaltig Fairtrade unter Maßgabe der Wirtschaftlichkeit zu beschaffen.

Stadtrat Deiser bedankt sich bei Bürgermeisterin Kleine für die Erläuterung, meint jedoch, dass diese im Antrag der Verwaltung nicht bzw. beinahe konträr zu diesen Ausführungen drin stehen würden. Als Beispiel bezieht er sich auf Punkt d), in dem es heißt "Berücksichtigung von sozialen ökologischen Kriterien kann verzichtet werden, soweit die Beschaffung unwirtschaftlich würde". Stadtrat Deiser geht davon aus, dass dies bedeuten würde, dass man sich mehrere ökologische und herkömmliche Angebote einholen müsste, um feststellen zu können, welche unwirtschaftlich und welche wirtschaftlich seien. Mit dem Beschluss einer Leitlinie könne er mitgehen. Erst wenn diese vorliege, würde man weiter reden können.

Stadtrat Schäuble stimmt Stadtrat Deiser zu, was die Erläuterung von Bürgermeisterin Kleine in Bezug auf den Beschlussantrag der Verwaltung angehe. Nachhaltige Beschaffung sei wichtig, deswegen schlägt er vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung heute von der Tagesordnung zu nehmen und damit in den nächsten Sitzungslauf zu gehen. Bis dahin würde man Zeit finden, sich darüber klar zu werden, worüber man diskutieren möchte, um ein gutes Ergebnis zu erreichen.

Bürgermeisterin Kleine entgegnet, dass sie dies nicht vorgeschlagen würde, sondern bittet, wie vorgesehen die Verwaltung zu beauftragen, eine solche Richtlinie zu erarbeiten. Diese soll dem Stadtrat zur Diskussion und ggfs. Genehmigung vorgelegt werden.

Stadtrat Schäuble hält dagegen, er halte es für sinnvoller, vorher noch einmal darüber zu diskutieren, in welche Richtung die Richtlinie gehen soll. Er glaubt, dass man so schneller zu einem Ergebnis kommen würde.

Stadträtin Leininger gibt bekannt, dass die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen mit dem Vorschlag von Stadtrat Schäuble mitgehen könne. Dass die Bürokratie durch den Vorschlag der Verwaltung gefördert würde, sehen sie nicht, aber gerade Punkt 3 benötige in ihren Augen noch Klärungsbedarf. Klarheit zu schaffen würde zudem den Entscheidungsprozess beschleunigen.

Bürgermeisterin Kleine erläutert, es sei sinnvoll die Verwaltung zu beauftragen, eine solche Richtlinie zu erarbeiten, um etwas konkretes für eine Produktgruppe in der Hand halten zu können.

Stadtrat Achhammer rät ebenfalls dazu, die Sitzungsvorlage noch einmal zurückzuziehen, um sich das Ganze nochmal überlegen zu können, insbesondere was Punkt 3 auf Seite 5 der Strategie für die Umsetzung nachhaltiger Beschaffung in der Stadtverwaltung Ingolstadt betreffe. Entweder müsste dieser Punkt umformuliert oder am besten gleich ganz gestrichen werden. Dann würde wahrscheinlich auch die CSU-Stadtratsfraktion bei dem Beschluss mitgehen können, so Stadtrat Achhammer.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, dass sie den angesprochenen Passus von Stadtrat Achhammer sofort ersatzlos streichen würde, da dieser sehr perspektivisch gedacht war.

Stadträtin Mayr plädiert dafür, die Sitzungsvorlage zurück in die Fraktionen zu geben.

Stadträtin Peters ist der Meinung, dass die Sache an sich sehr gut sei, aber die Mitglieder des Stadtrates nicht genug mitgenommen worden seien. Sie fände es nicht schlecht, wenn die Sitzungsvorlage nochmal in einem anderem Gremium besprochen werden würde, um an der Auftragsvergabe etwas mitarbeiten zu können. Weiter wirft sie die Frage auf, ob es nicht hilfreich wäre, den Nachhaltigkeitsbeirat der Stadt Ingolstadt in den Prozess miteinzubeziehen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entnimmt der Diskussion den überwiegenden Wunsch, die Beschlussvorlage nochmal zurück in die Fraktionen zu geben.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass sie das Zurückziehen der Beschlussvorlage sehr bedauere, sei es doch das Ergebnis mehrerer Workshops mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und letztlich der Vorschlag der Mitarbeitenden gewesen, so zu verfahren.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, das Thema noch einmal in die entsprechende Steuerungsgruppe mitzunehmen, um es im nächsten Sitzungslauf noch einmal überarbeitet vorlegen zu können.

Der Antrag der Verwaltung wird zurückverwiesen.